

Französische Sprachpolitik – ein Modell für Deutschland?

Jürgen Trabant

An die aktuelle Sprachpolitik in Frankreich die Frage zu stellen, ob sie ein Modell für Deutschland sein kann, scheint von vornherein absurd angesichts der Tatsache, daß über diese nur das denkbar Nachteiligste zu hören war und ist. Über das Sprachgesetz von 1994 ist in der deutschen Presse ausführlich und durchweg ablehnend berichtet worden. Das nach dem damaligen Kultusminister Jacques Toubon benannte Gesetz, so war zu lesen, verbiete den Franzosen die Verwendung englischer Wörter und drohe bei Zuwiderhandeln mit saftigen Strafen. Das soll ein Modell für Deutschland sein? Die deutsche Presse ist im Vollbewußtsein ihres Kosmopolitismus über das eigenartige, selbstbezogene Frankreich hergezogen. Insbesondere hat natürlich ein deutsches Nachrichtenmagazin die Franzosen erbarmungslos eines lächerlichen Sprachchauvinismus geziehen. Kurzum, man hat sich hierzulande köstlich darüber amüsiert, daß Frankreich wie ein sprach- und kulturpolitischer Don Quijote gegen die englischen Wörter kämpft, und man hat fein lächelnd die klugen deutschen Köpfe geschüttelt.

Nun aber gewinnt das Thema – Jahre nach der *loi Toubon* – ganz offensichtlich auch in Deutschland an politischem Interesse. Wenn allerdings ausgerechnet der Berliner Polizei-Senator gegen die amerikanischen Wörter vorgeht und ausländische Wörter statt Verbrecher jagt, so erzeugt dies schon bei seinem Senatskollegen von der Kultur feinsinnigen Spott und die erwartbaren Abwehrreflexe bei der weltläufigen Presse. Dennoch hat immerhin auch der Bundespräsident kürzlich größere Umsicht bei der Verwendung von Amerikanismen angemahnt, wie übrigens schon vor vielen Jahren sein Vorgänger Heineemann. Das aktuelle Interesse der Politik und der Öffentlichkeit an dem Thema lenkt daher durchaus noch einmal den Blick nach Frankreich, das auf dem Gebiet der Sprachpolitik einige Erfahrungen hat. Frankreich kennt nämlich seit 450 Jahren eine staatliche Sorge um das Französische, deren wichtigste Etappen durch die folgenden fünf Ereignisse gekennzeichnet sind.

Etappen französischer Sprachpolitik

1539: Die Ordonnance von Villers-Cotterêts von 1539 ist die erste Staats-Aktion bezüglich des Französischen. Dieser königliche Erlaß bestimmt, daß statt des Lateinischen, das immer wieder Anlaß zu Mißverständnissen gibt, die Volkssprache bzw. „le langage maternel français“ in der Verwaltung und in den Gerichtsakten zu verwenden sei. Die von Franz I. erlassene Verfügung befördert damit das Vordringen des Französischen in eine Diskurswelt, die bis dahin vom Lateinischen besetzt war. Dieser staatliche Vorstoß steht im Zusammenhang mit der allgemeinen europäischen Bewegung zugunsten der

Volkssprachen und gegen das Latein. Das Französische erobert sich, wie andere Volkssprachen auch, im 16. Jahrhundert zunehmend weitere „höhere“ Diskurswelten, nämlich die Wissenschaften, ja sogar die Theologie – ich verweise auf Calvin – und schließlich auch die Philosophie.

1635: Hundert Jahre später war das Französische schon in alle schriftlichen und mündlichen Diskurswelten vorgedrungen, die eine Sprache abzudecken in der Lage ist. Im Rahmen der umfassenden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gestaltung des absolutistischen Staates, der Versaillifizierung Frankreichs, wurde ganz entschieden an einem Menschentyp gearbeitet, dem sog. „honnête homme“, dem Höfling, dessen Sprache ebenso gestylt werden mußte wie seine Kleidung, seine Tischmanieren, seine Gebärden und andere Kulturtechniken. Das höfische Styling der Sprache ist die Aufgabe der *Académie française*, die eine aristokratische und zentralfranzösische Sprachnorm festlegt und propagiert. Es geht um die Reinheit, die Vornehmheit und die Eleganz der Sprache, um *pureté*, *noblesse* und *élégance*.

1789: Als anderthalb Jahrhunderte später die Demokratie in Frankreich etabliert wird, spricht zwar die europäische Aristokratie das reine, noble und elegante Französisch, das französische Volk aber nicht oder nur zu einem geringen Teil. Zum Leidwesen der Revolutionäre war nur ein Drittel des Volkes des Französischen mächtig, nur ein Sechstel konnte es auch schreiben, die *Citoyens* der Republik sprachen mehrheitlich andere Sprachen oder Dialekte. Der neue Souverän war also gleichsam sprachlos. Da mußte etwas unternommen werden. Die revolutionäre Politik

faßt die sprachliche Vereinheitlichung der Republik ins Auge: Die Verwendung anderer Sprachen in staatlichen Akten wird verboten (womit die bürgerliche Revolution die königliche Politik von Villers-Cotterêts fortsetzt). Vor allem wird eine Schulpolitik konzipiert, damit die Franzosen Französisch lesen und schreiben und schließlich auch sprechen lernen. Allerdings ging dies nicht so schnell, wie es die Revolutionäre hofften. Erst im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ist der Prozeß der Erlernung des Französischen durch die Franzosen abgeschlossen, 150 Jahre nach der Französischen Revolution. In dem Moment aber, in dem die Franzosen endlich die Sprache der Republik gelernt hatten, beginnt auch sogleich das, was in Frankreich die „Krise“ des Französischen genannt wird, der Rückgang der Weltgeltung des Französischen zugunsten des Englischen und das Eindringen englischer Wörter ins Französische.

1975: Die sog. *loi Bas-Lauriol*, ein Gesetz gegen die Verwendung englischer Wörter in bestimmten „öffentlichen“ Texten, ist die staatliche Reaktion auf jenen zweiten Aspekt der Krise des Französischen. Nach dem 2. Weltkrieg gab es nach Meinung einflußreicher Publizisten eine massive Amerikanisierung des Französischen, eine Invasion englischer Wörter, die 1964 Etiennele zu der polemischen Frage veranlaßte: „Parlez-vous français?“. Durch diese Polemik aufgerüttelt, entfalte die Staat Aktivitäten zur Zurückdrängung von Anglizismen. In den Ministerien wurden Terminologiekommissionen eingesetzt, die seit den sechziger Jahren Tausende von Ersatzvorschlägen für englische Wörter gemacht haben, welche heute ein dickes Buch füllen, das *Dictionnaire des termes officiels* (1994). Die Redefelder, auf denen die amerikanischen Wörter ins Französische eindringen, sind natürlich diejenigen, auf denen amerikanische Kultur und Technik weltweit erfolgreich operiert, also z.B. der Bereich der neuen Medien, der Nukleartechnik, des Tourismus, des Handels. Die *loi Bas-Lauriol* versteht sich, wie man der Erläuterung ihrer Begründung entnehmen kann, ausdrücklich als Maßnahme gegen die *dégradation* und *contamination*, die Verderbnis und Verseuchung des Französischen durch das Englische, sowie als Maßnahme zum Schutz der Verbraucher und Arbeitnehmer.

1994: In dieser Reihe staatlicher Eingriffe zugunsten des Französischen seit dem 16. Jahrhundert steht schließlich als bislang letzte Etappe die *loi Toubon*. Der Gesetzesvorschlag war zunächst gedacht als eine Intensivierung und Fortsetzung des Gesetzes Bas-Lauriol. Die Maßnahmen des Gesetzes von 1975 gegen die Amerikanismen wollten nämlich nicht so recht greifen, so daß das Gesetz nachgebessert und die Sanktionen verschärft werden sollten. Darüber hinaus aber – und das ist neu gegenüber 1975 – sieht das neue Gesetz eine Reihe von Maßnahmen vor, die sich



nicht auf englische Wörter und ihre französischen Ersetzungen beziehen, sondern die auf die Verdrängung des Französischen aus bestimmten Redesituationen reagieren. Dieses zweite Ziel ist schließlich ganz entschieden in den Vordergrund getreten. Im Gesetzgebungsvorgang ist nämlich folgendes geschehen: Die *loi Toubon* wollte das Verbot der Anglizismen in Arbeitsverträgen, in der Werbung, in öffentlichen Inschriften usw. erneuern und verwies in diesem Zusammenhang auf die „offiziellen Termini“, die die staatlichen Instanzen erarbeitet hatten. Aber genau diese Bestimmung hat der von der Opposition angerufene Verfassungsrat aufgehoben. Er hat zwar generell bestätigt, daß in den genannten Texten „französisch“ geschrieben werden müsse. Was aber „französisch“ sei, das – so die weise Erkenntnis des Verfassungsrates – dürfe der Staat nicht vorschreiben. Eine solche Vorschrift sei gegen die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die freie Meinungsäußerung. Aus Verfassungsgründen darf der Staat den Bürgern also nicht verordnen, was Französisch ist, das entscheiden die Bürger, d.h. die Sprecher des Französischen selbst.

Abb. 1
Frankreich pflegt
seine Sprache seit
350 Jahren.

Durch die Zurückweisung des staatlich verordneten Sprachpurismus ist nun das zweite – und wichtigere – Motiv der Gesetzesinitiative deutlicher geworden. Denn vorrangig ist gar nicht der Kampf gegen die Anglizismen, wichtiger sind Maßnahmen gegen die Okkupierung von höheren Diskursuniversen durch das Englische. Die *loi Toubon* ist damit jetzt im wesentlichen ein Gesetz, das auf das oben genannte erste Moment der „Krise“ des Französischen, d.h. auf die Tatsache reagiert, daß in der Wissenschaft, im Geschäftsverkehr, auf Kongressen zunehmend nur noch Englisch verwendet wird. Es wendet sich gegen die exklusive Besetzung der wichtigsten Diskurswelten durch das Englische und damit auch gegen das Herausbrechen ganzer Sprachregister – nicht nur einzelner Wörter – aus der Gesamtarchitektur des Französischen.

Das Gesetz macht in diesem Bereich nun folgende – eigentlich geradezu rührende – Vorschriften: Auf Kongressen in Frankreich darf auch französisch gesprochen werden. Wohlgedenkt: es wird niemand gezwungen, französisch zu sprechen, wohl aber gibt es ein Recht aufs Französische, ein *droit au français*: Wenn jemand französisch sprechen möchte, darf er das. Des Weiteren wird bestimmt, daß fremdsprachige Publikationen, die öffentlich gefördert werden, mit einem französischen Resümee zu versehen sind. Und drittens wird das Französische als Unterrichtssprache in französischen Erziehungseinrichtungen vorgeschrieben.

Worum es geht: Frankophonie und patrimoine

Dies sind ganz offensichtlich keine unbilligen gesetzlichen Bestimmungen. Aber natürlich kann man sich auch angesichts dieser moderaten Maßnahmen noch fragen, warum sich der Staat denn überhaupt um diese sprachlichen Dinge kümmert. Warum läßt Frankreich nicht einfach der Entwicklung ihren Lauf, so wie wir in Deutschland dieser Entwicklung ihren Lauf lassen, ja sie sogar noch tatkräftig befördern, weil wir so schön Englisch gelernt haben, weil wir so herrlich kosmopolitisch sind und weil uns dann doch auch die Masters of the Universe verstehen können? Da wir überdies keine besonders guten Erfahrungen mit „deutschen“ Korrekturen des Weltgeistes gemacht haben, würden wir cool, wie wir nun einmal sind, den Franzosen raten, wie dies eine deutsche Zeitung getan hat: „Restez cool!“

Doch die Franzosen blieben nicht cool angesichts der sprachlichen Vereinheitlichung des Globus und der Etablierung der Universalsprache Englisch. Sicher sind sie nicht cool, weil, wie man ihnen immer wieder vorhält, nicht das Französische die triumphal siegende Welt-Sprache ist. Und außerdem: mit welchem Recht können

gerade die Franzosen gegen diese gewaltlose, sanfte, freiwillige sprachliche Uniformierung des Globus protestieren, wo doch der französische Staat seit der Revolution den nichtfranzösischen Sprachgemeinschaften auf seinem Territorium seine Sprache durchaus mit einiger Brutalität aufgezwungen hat. Es entbehrt in der Tat nicht einer gewissen historischen Ironie, wenn gerade der französische Staat sich zum Anwalt sprachlicher Vielfalt macht. Dies sei zugestanden und schwächt in der Tat die Autorität des Sprechers Frankreich. Dennoch schwächt dies nicht den sachlichen Kern des Protestes, wie er in der Gesetzesbegründung deutlich artikuliert wird. Es geht Frankreich – jenseits der traditionellen kulturellen Konkurrenz mit dem Englischen – vor allem um zwei Probleme:

Erstens ist mit der Sprachfrage das eminent politische Problem der sog. *Frankophonie* verknüpft. Die frankophonen Staaten, also vor allem die afrikanischen Staaten des ehemaligen Kolonialreiches, stehen mit Frankreich und untereinander durch eine „frankophone“ Zweisprachigkeit in enger politischer Verbindung, die durch das Vordringen des Englischen tödlich bedroht ist. In der Frankophonie herrscht, vereinfacht gesagt, eine Diglossie, mit dem Französischen als Sprache der „hohen“ Diskurswelten – Wissenschaft, Kultur, Administration, Wirtschaft – und den jeweiligen autochthonen Sprachen für den Alltagsgebrauch. Wenn nun aber die Franzosen selbst in den genannten „höheren“ Feldern der Rede englisch sprechen und schreiben, dann trifft dies ins Herz der Frankophonie. Warum sollten denn die Eliten der frankophonen Länder gerade in den Bereichen französisch sprechen, wo die Franzosen selbst englisch sprechen? Die auf jener Diglossie aufruhende besondere Beziehung zu Frankreich und das besondere Zugehörigkeitsgefühl würden ihrer sprachlichen Grundlage beraubt und damit würde sehr wahrscheinlich bald auch der politische und ökonomische Zusammenhalt von innen her ausgehöhlt. Der Einbruch der englischen Sprache in französische Sprachräume hat also erhebliche politische Konsequenzen.

Das zweite in der Gesetzesbegründung angeführte Motiv für die Verteidigung des Territoriums des Französischen ist die staatliche Obhut des *patrimoine*, d.h. die Pflege und die Sorge um das kulturelle Erbe, zu dem die französische Sprache gezählt wird. Nicht von ungefähr wird bei diesem Motiv die *Académie française* als Hüterin der Sprache aufgerufen. Der moderne Gesetzgeber bekräftigt damit die jahrhundertalte staatliche Pflege der Sprache, nunmehr im modernen Rahmen seiner Verantwortung für das Kulturgut Frankreichs. Zu diesem gehören übrigens jetzt offiziell auch die nichtfranzösischen Regionalsprachen. Während die konservative Regierung noch zögerte, hat die Regierung Jospin daher

auch die europäische Charta für die sprachlichen Minderheiten unterschrieben (was ihr dann allerdings vom Verfassungsrat wieder untersagt wurde). Im Zusammenhang mit der Berufung auf die innere Vielfalt des *patrimoine* steht schließlich die Beteuerung einer Öffnung Frankreichs für fremde Sprachen und Kulturen und die Anrufung der *union européenne*.

„Germanophonie“ und kulturelles Erbe

Vielleicht erscheint nach diese Präzisierungen zu den Traditionen und Motivationen der neueren französischen Sprachpolitik die Frage nicht mehr ganz so absurd, ob sie angesichts der parallelen Erscheinungen im deutschen Sprachraum ein Modell für den deutschen Nachbar sein kann. Die französischen Erfahrungen sind erheblich differenzierter, als es der oberflächliche erste Blick wahrgenommen hatte. Es geht schon längst nicht mehr nur um die englischen Wörter. Die Probleme von Frankophonie und *patrimoine*, zeigen, daß andere Aspekte wichtiger geworden sind, die wir nun kurz auf unsere eigene Situation beziehen wollen.

Zunächst zur Frankophonie: Es gibt keine „Germanophonie“. Wir haben keinen Verbund von Staaten, die politisch durch eine Diglossie „Deutsch / autochthone Sprache“ an Deutschland gebunden wären wie die frankophonen Staaten an Frankreich. Insofern gibt es auf den ersten Blick auch keine politischen Probleme durch das Wegfallen des Deutschen aus den höheren Diskurswelten, wenn die Deutschen auf englisch Wissenschaft betreiben oder wirtschaften. Statt deutsch reden wir dann mit den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnern eben englisch. No problem! Aber so ist es ja nicht. Natürlich haben wir das Frankophonie-Problem, ja wir sind schon längst in jener schmerzvollen politischen Lage, die Frankreich erst noch befürchtet: Es ist längst deutlich geworden, daß die Studenten aus Ländern, die traditionellerweise mit dem deutschen Sprachraum verbunden waren, ausbleiben, daß junge Wissenschaftler das Flugzeug von Budapest direkt nach London und in die USA nehmen und gar nicht mehr daran denken, in Frankfurt auch nur zwischenzulanden. Das liegt sicher nicht nur an der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland und an der vermeintlich schlechten Qualität der deutschen Wissenschaft, es liegt auch an der Sprache – ja es liegt vor allem an der Sprache. Die Sprache von Wissenschaft, Technik und business ist Englisch. Wozu also die Mühsal der Erlernung des Deutschen auf sich nehmen und wozu in ein deutschsprachiges Land gehen statt direkt in die Länder, wo die Sprache von Wissenschaft, Technik und business auch noch im alltäglichen Leben gesprochen wird? Daß die Eliten der Welt sich zunehmend ausschließlich in Amerika aus- und weiterbilden,

ist durchaus ein ernsthaftes politisches Problem auch für unser Land, auf das uns die französische Sprachpolitik aufmerksam macht – vor allem auch auf die Möglichkeit, etwas dagegen zu tun. Zum zweiten Punkt, zur Berufung auf das kulturelle Erbe, das *patrimoine*. Daß Wissenschaft, Philosophie, Theologie seit Jahrhunderten nicht mehr auf Lateinisch, sondern in den Nationalsprachen betrieben wurden, ist eine im 16. Jahrhundert einsetzende europäische Entwicklung gewesen. Es war zugleich Ergebnis einer demokratischen Emanzipation, sofern sich das städtische Bürgertum diese dem (lateinischen) Klerus vorbehaltenen Diskursuniversen eroberte. Die Verwendung der Volkssprache brachte nicht nur eine kommunikative Erleichterung. Die Integration des wissenschaftlichen Denkens und Sprechens ins Medium der Muttersprache bereicherte und verfeinerte auch die Nationalsprachen. Vor allem aber bereicherten die Nationalsprachen umgekehrt auch das wissenschaftliche und philosophische Denken. Wir brauchen nur an solche wahrlich in der deutschen Sprache denkenden Philosophen wie Hegel oder Heidegger zu erinnern. Wenn jetzt nur noch auf englisch Philosophie und Wissenschaft betrieben wird, dann brechen Formen des Denkens und des Sprechens weg, die zurecht als kulturelle Errungenschaften betrachtet werden, als *patrimoine*. Um das zu verstehen, darf man allerdings die Sprachen nicht nur als – im Grunde gleichgültige – Kommunikations-Instrumente ansehen, sondern muß schon die Humboldtsche Einsicht teilen, daß die verschiedenen Sprachen der Welt „Weltansichten“ sind, kostbare historisch-individuelle Gefäße des Miteinander-Denkens. Wenn die Franzosen hier Widerstand leisten, so ist dies daher kein dummer, national eitler Kampf, über den wir modern kosmopolitisch lächeln könnten, sondern eine Geste zur Verteidigung eines europäischen Erbes, die unsere Solidarität verdient. Wenn aber ausgerechnet der Hüter des deutschen *patrimoine*, der Kultur-Staatsminister, der auch noch ein Philosoph ist, gleichsam triumphierend den Tod des Deutschen in den Wissenschaften feststellt, ohne der Verblichenen auch nur eine Träne nachzuweinen, dann wissen wir, daß dieser Kampf in Deutschland verloren ist. Aber die *causes perdues* sind ja oft die schlechtesten nicht.

Heimatrecht für fremde Wörter

Auf die Gefahr hin, mich als den letzten reaktionären Sprachpuristen zu *outen* (natürlich liebe ich die fremden Wörter, ich bin ja ein Deutscher), möchte ich schließlich doch noch das Thema der englischen Wörter ansprechen. Sofern der Purismus einfach nur ein Kampf gegen die fremden Wörter ist, weil sie fremd sind, ist er, wie selbst der französische Minister sagte, ein „falscher Kampf“. Es ist des weiteren zu bezwei-

feln, ob ministerielle Terminologiekommissionen à la française, staatliche Sanktionsandrohungen oder Berliner Verwaltungsvorschriften dazu angetan sind, den Deutschen die Liebe zu den fremden Wörtern auszutreiben. Die französischen Erfahrungen haben gezeigt, daß dies kein guter Weg ist. Weder haben die Franzosen die staatlichen Ersatzvorschläge in größerem Maße angenommen (einige allerdings schon!), noch sind die Vorschläge selbst immer besonders glücklich, d.h. besser verständlich. Außerdem gibt es, wie Harald Weinrich festgestellt hat, gar nicht so viele englische Wörter im Französischen, und sie tangieren, wie Hagège gezeigt hat, kaum die Struktur des Französischen.

Aber vielleicht ist dies im Deutschen gerade anders? Komparativ würde ich die Behauptung wagen, daß keine Sprachgemeinschaft in Europa sich in einem solchen „Modernisierungsfieber“ befindet wie die deutsche. Die Deutschen zeigen als echte Parvenus so gern, wie schön sie englisch können. Sie sind so stolz auf jedes echte englische th und r mitten in der deutschen Rede. Das schon längst in der Aussprache als [bebi] eingedeutsche *Baby* bekommt jetzt sogar von der ZDF-Sprecherin den Original-Diphthong [ej] wieder zurückerstattet: [bejbi], damit wir ja auch merken, daß sie englisch kann. Dieter E. Zimmer hat die strukturellen Probleme skizziert, die dieses massive Eindringen des Englischen ins Deutsche aufwirft, wenn man die englischen Wörter nicht radikaler adaptiert, als dies bisher geschieht. Was spricht eigentlich dagegen, das lächerliche englische r sausen zu lassen und deutsch auszusprechen? Warum soll man nicht das oben verwendete Verb, das ja schon ganz der deutschen Morphologie angepaßt ist, *auten* schreiben, oder *browsen brausen*? Darüber hinaus gibt es erhebliche morphologische Fragen: Ganz abgesehen davon, daß ich beim Verb *emailen* z.B. *e* bzw. *ai* schreibe und [i] bzw. [ej] spreche (letzteres ein Diphthong, den es im Deutschen nicht gibt), stellt sich nämlich die Frage, wie ich das Verb strukturell behandeln soll: Habe ich *geemailed* oder *habe ich egemailed*, *emaile* ich oder *maile* ich *e*? Im letzteren Fall hätten wir ein neues trennbares Präfix: *e* (Aussprache: [i]). Zimmer weist auch auf Schwierigkeiten beim Genus und Numerus der Substantive hin. Im Deutschen also wirft der massive Druck des amerikanischen Adstrats so gravierende strukturelle Probleme auf, daß man sich zu deren Lösung eine ausgedehntere Diskussion in der Sprachgemeinschaft wünschen würde. Man sollte jedenfalls nicht von vornherein jede Sprachpflege als altmodisch und reaktionär (d.h. tendentiell naziverdächtig) verwerfen in einem linguistischen Liberalismus, der zwar sympathisch, aber ebenso ideologisch ist wie der linguistische Staats-Interventionismus. Andere (naziseits unverdächtige) Sprachgemeinschaften haben bedenkenswerte

Vorschläge gemacht, wie die fremden Wörter zu integrieren sind und wie damit gleichzeitig die hergebrachte Sprachstruktur zu schonen ist. Es geht also nicht um das Verbot fremder Wörter, sondern im Gegenteil gerade darum, ihnen ein ordentliches Heimatrecht bei uns zu geben. Auch hier gibt uns die französische Sprachpolitik keine Lösungen vor, sie weist uns aber auf Probleme hin, die auch wir haben und die wir zumindest diskutieren sollten, statt sie unter hochmütigen Hinweisen auf vermeintlich abgefahrene Züge als gelöst zu deklarieren.

Umwelt: Wald und Sprache

Abschließend etwas fürs Stammbuch einer Umwelt-Partei: Offensichtlich nehmen die Franzosen ihre Sprache als ein zentrales Stück Umwelt wahr, dem sie seit Jahrhunderten eine ganz besondere Sorge und Pflege angedeihen lassen. Sie interessieren sich traditionellerweise weniger für den Wald, der den Deutschen so sehr am Herzen liegt. Aber sie haben in dieser ökologischen Hinsicht in den letzten Jahren viel von ihren romantischen Nachbarn gelernt. Das Pendant zum (deutschen) Wald ist im nationalen Mythensystem Frankreichs ganz offensichtlich die (französische) Sprache. Daß Sprache Umwelt ist, die gefährdet ist und zerstört werden kann und die daher geschützt werden muß, damit die Menschen besser leben, diese ökologische Einsicht könnte nun Deutschland von Frankreich lernen.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Jürgen Trabant
Freie Universität Berlin
Institut für Romanische Philologie
Habelschwerdter Allee 4
14195 Berlin

Literatur

- Délégation générale à la langue française. 1994: Dictionnaire des termes officiels de la langue française. Paris: Direction des Journaux officiels.
- Etiemble. 1964: Parlez-vous français? Paris: Gallimard.
- Hagège, Claude. 1987: Le français et les siècles. Paris: Odile Jacob.
- 1992: Le souffle de la langue. Voies et destins des parlers d'Europe. Paris: Odile Jacob.
- Trabant, Jürgen (Hrsg. mit Dirk Naguschewski). 1995: Die Herausforderung durch die fremde Sprache: das Beispiel der Verteidigung des Französischen. Berlin: Akademie-Verlag.
- Weinrich, Harald. 1988: Wege der Sprachkultur. München: dtv.
- Zimmer, Dieter E. 1997: Deutsch und anders – die Sprache im Modernisierungsfieber. Reinbek: Rowohlt.